

An die eidg. Politikerinnen und Politiker aller Parteien

Liebe Ständerätinnen und Ständeräte, liebe Nationalrätinnen und Nationalräte

Nach jahrzehntelanger Ruhe sieht sich die Schweiz heute wieder von Feinden bedroht. Über München fliegen unbekannte Drohnen, in Polen werden Gleise gesprengt. Wladimir Putin droht, seinen Krieg in weitere europäische Länder zu tragen. **Jede und jeder weiss es: Die Schweiz muss mehr in ihre Sicherheit investieren – das wird viele Milliarden Franken kosten.**

Bei der Finanzierung dieser Milliarden scheiden sich die Geister. Reflexartig rufen viele Politikerinnen und Politiker nach neuen Steuern. **Zahlen sollen also die Bürgerinnen und Bürger.** Dabei hätte der Staat genug Geld – er müsste nur die richtigen Prioritäten setzen.

In der nächsten Session werden Sie erneut über das **«Entlastungspaket 27»** beraten. Dieses visionäre Projekt von Bundesrätin Karin Keller-Sutter würde den Bund um jährlich **zwei bis drei Milliarden** Franken entlasten – finanzielle Mittel, wie wir sie für die **Nachrüstung der Armee** dringend brauchen würden.

Leider musste das Paket schon in der bisherigen parlamentarischen Arbeit zünftig Federn lassen. Hier wurde eine Bundesausgabe geschützt, dort eine Subvention verteidigt. **Bereits ist das Entlastungspaket um mehr als einen Drittel geschrumpft.**

Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefs, **protestieren gegen diese Sparverweigerung.**

1. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz dringend **in ihre Sicherheit** investieren und ihre Verteidigungsfähigkeit wiedererlangen muss.
2. Wir fordern Sie auf, neue Steuern abzulehnen und **den Spardruck hochzuhalten.** Im Entlastungspaket 27 und mit einem zweiten Entlastungspaket. Darin muss auch der grösste Kostenblock überprüft werden: **Die rasant steigenden Sozialausgaben.**
3. Wir verlangen als ersten Schritt, dass der **AHV-Bundesanteil** nicht stärker wachsen darf als die Teuerung.
4. Wir erwarten, dass Sie – die Politikerinnen und Politiker aller Parteien – sich aus dem Griff **der Verbände** lösen, denen Sie verbunden sind, und an die Gesamtinteressen Ihrer Wählerinnen und Wähler denken.
5. Wir fordern einen **Personalstopp beim Bund**, analog zur Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen.

Drei friedliche Jahrzehnte lang haben Sie (oder viele von Ihnen) in Sonntagsreden verlangt, dass unser Staat **handlungsfähig bleiben muss**, um auf Krisen reagieren zu können.

Nun, 2026, gilt es ernst. Jede Politikerin, jeder Politiker steht heute vor einer unangenehmen Wahl: **Entweder er schützt Partikularinteressen. Oder er schützt die Schweiz.**

Welche Wahl treffen Sie? Wir zählen auf Sie.

Herzlich

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Schweiz